



Nr. 1389

Verteiler 3

Aushang

Herausgegeben von
der Präsidentin der
Technische Universität
Braunschweig

Redaktion:
Geschäftsbereich 1
Universitätsplatz 2
38106 Braunschweig
Tel. +49 (0) 531 391-4306
Fax +49 (0) 531 391-4340

Datum: 22.11.2021

**Neufassung der Wahlordnung der Studierendenschaft der Technischen
Universität Braunschweig**

Hiermit wird die vom Studierendenparlament in seiner Sitzung am 15.10.2021 beschlossene und durch das Präsidium der Technischen Universität Braunschweig in seiner Sitzung am 17.11.2021 genehmigte Wahlordnung der Studierendenschaft der Technischen Universität Braunschweig hochschulöffentlich bekannt gemacht.

Die Ordnung tritt am Tag nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung in Kraft, gleichzeitig tritt die bisherige Wahlordnung außer Kraft.



Wahlordnung

der Studierendenschaft der Technischen Universität Braunschweig

Inhaltsverzeichnis

Abschnitt I Geltungsbereich und Wahlgrundsätze	5
§ 1 Geltungsbereich.....	5
§ 2 Wahlgrundsätze.....	5
Abschnitt II Organe.....	5
§ 3 Wahlleitung.....	5
§ 4 Wahlausschüsse	6
§ 5 Unvereinbarkeit von Mitgliedschaft in Wahlausschüssen und Kandidatur	6
§ 6 Sitzungen des ÜgWa	7
§ 8 Wahlhelfer:innen.....	7
Abschnitt III Wahlkreise und Wähler:innenverzeichnis	7
§ 9 Wahlkreise	7
§ 10 Zuteilung der Sitze im Studierendenparlament auf die Wahlkreise	8
§ 11 Wahlberechtigung	8
§ 14 Einsichtnahme	9
§ 15 Einspruch und Korrektur	10
§ 16 Endgültige Feststellung und Rechtsfolgen.....	10
§ 17 Nachträgliche Eintragung.....	10
§ 18 Berichtigung bei unwesentlichen Fehlern	11
Abschnitt IV Erteilung von Wahlscheinen	11
§ 19 Wahlschein.....	11
§ 20 Verlust des Wahlscheins.....	11
Abschnitt V Wahlvorschläge	12
§ 21 Listenprinzip	12
§ 22 Wahlkreisbindung.....	12
§ 23 Ausschluss der Mehrfachkandidatur	12
Abschnitt VI Ausschreibung der Wahl und Einreichung von Wahlvorschlägen	13
§ 25 Wahlausschreibung	13
§ 26 Einreichung der Wahlvorschläge.....	14

§ 27 Zulassung der Wahlvorschläge.....	14
§ 28 Nachfrist.....	15
§ 29 Wahlbekanntmachung.....	15
Abschnitt VII Stimmzettel und -abgabe.....	16
§ 30 Stimmzettel.....	16
§ 31 Stimmabgabe	17
§ 32 Wahrung des Wahlgeheimnisses	17
Abschnitt VIII Wahlwerbung	18
§ 35 Wahlwerbung durch Gremien der Studierendenschaft.....	18
§ 36 Wahlwerbplattform des ÜgWa.....	19
§ 38 Wahlwerbung durch Listen	19
Abschnitt IX Briefwahl.....	20
§ 39 Recht auf Briefwahl.....	20
§ 40 Abgabe der Stimme	20
Abschnitt X Auszählung und Feststellung des Wahlergebnisses	21
§ 42 Grundsätze der Auszählung.....	21
§ 43 Abgleich der abgegebenen Stimmen.....	21
§ 44 Ungültigkeit von Stimmzetteln.....	22
§ 45 Feststellung des Wahlergebnisses.....	22
§ 46 Vergabe der Sitze auf die Listen	23
§ 47 Nachrücker:innen und Verringerung der Sitze	23
§ 48 Ausschluss von stimmenlosen Wahlvorschlägen	24
Abschnitt XI Nach-, Neu- und Zwischenwahlen	24
§ 49 Nachwahl.....	24
§ 50 Vorgezogene Neuwahl	24
§ 51 Zwischenwahl	25
§ 52 Analoge Anwendung und Abweichung zu den Bestimmungen zur allgemeinen Wahl	26
Abschnitt XII Rücktritte, Vertreter und Meldepflichten.....	26
§ 53 Rücktritt und Wirksamwerden	26
§ 54 Meldepflicht.....	26
§ 55 Benachrichtigung und Amtsantritt der Nachrückenden	27
§ 56 Rücktritt unter Vorbehalt	27
§ 57 Vertretung.....	27

Abschnitt XIII Abweichungen von der Präsenzwahl in besonderen Situationen	27
§ 58 Feststellung der Undurchführbarkeit von Präsenzwahlen.....	27
§ 59 Elektronische Wahl	28
Abschnitt XIV Wahlprüfung, Einspruch und Widerspruch.....	33
§ 61 Wahlprüfung durch Einspruch.....	33
§ 62 Betroffenheitsprinzip	33
§ 63 Endgültigkeit des Wähler:innenverzeichnisses	33
§ 64 Entscheidungsfrist.....	33
§ 65 Widerspruch	33
Abschnitt XV Niederschriften, Hochschulöffentliche Bekanntmachungen und Fristen	34
§ 66 Niederschriften.....	34
§ 67 Aufbewahrung und Vernichtung	34
§ 68 Beginn und Ablauf von Fristen.....	34
§ 69 Art und Form von hochschulöffentlichen Bekanntmachungen	35
Abschnitt XVI Übergangsvorschriften	35
§ 70 Inkrafttreten	35

Abschnitt I Geltungsbereich und Wahlgrundsätze

§ 1 Geltungsbereich

- (1) Die Vorschriften dieser Wahlordnung gelten für die Wahlen zu den nachstehend aufgeführten Organen der Studierendenschaft der Technischen Universität Braunschweig:
 1. Studierendenparlament (SP)
 2. Fachschaftsräte (FSR)
 3. Fachgruppenräte (FGR)
- (2) Die Wahlen zum SP, den FSR und den FGR sollen im Wintersemester zeitgleich mit den Hochschulwahlen der Technischen Universität Braunschweig verbunden werden.

§ 2 Wahlgrundsätze

- (1) Für diese Wahlen gelten die in §6 der Organisationssatzung der Studierendenschaft dargelegten Wahlgrundsätze.
- (2) Alle Gremien der Studierendenschaft der TU Braunschweig sind verpflichtet, die Wahlgrundsätze einzuhalten und Verstöße gegen diese dem Übergeordneten Wahlausschuss zu melden.
- (3) Die Wahlen sind unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen durchzuführen.

Abschnitt II Organe

§ 3 Wahlleitung

- (1) Wahlleiter:in ist die oder der hauptamtliche Vizepräsident:in der Technischen Universität Braunschweig. Er oder sie kann eine Person mit der Wahrnehmung der Aufgaben beauftragen. Er oder sie wird im Folgenden als Wahlleitung bezeichnet.
- (2) Die Wahlleitung hat das Recht, an den Sitzungen des ÜgWa teilzunehmen. Sie hat den Zeitplan und die Sitzungen des ÜgWa mit dem oder der Vorsitzenden vorzubereiten, Entscheidungsvorschläge vorzulegen sowie die Sitzungsniederschriften fertigen zu lassen und für die Bekanntmachung und Durchführung der Beschlüsse zu sorgen.

§ 4 Wahlausschüsse

- (1) Die Wahl wird durch die Wahlausschüsse nach §8 der Organisationssatzung durchgeführt.
- (2) Der ÜgWa überwacht - unbeschadet der Zuständigkeit der Wahlleitung die Ordnungsmäßigkeit der Wahlen und ist für diese Wahlen verantwortlich. Dieser entscheidet Zweifelsfragen bei der Wahlhandlung und Stimmenauszählung, stellt das Wahlergebnis fest und entscheidet über Wahleinsprüche. Dieser verfolgt Verstöße gegen die Wahlgrundsätze und kann nach Ermessen hochschulöffentliche Rügen erteilen. Der ÜgWa besteht aus fünf Mitgliedern.
- (3) Durch die FGR und FSR können Fachgruppen- und Fachschaftswahlausschüsse gebildet werden. Sie setzen sich aus drei oder fünf Studierenden zusammen. Kommt ihre Wahl nicht zu Stande, übernimmt der ÜgWa deren Funktion.
- (4) Die Wahlausschüsse sind beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend sind. Beschlüsse werden mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen der anwesenden Mitglieder gefasst.
- (5) Die Mitglieder der Wahlausschüsse und die Wahlleitung sowie von diesen beauftragten Personen sind zur unparteiischen Wahrnehmung ihres Amtes und zur Verschwiegenheit über die ihnen bei ihrer Tätigkeit bekannt gewordenen Angelegenheiten verpflichtet.
- (6) Die Fachgruppen- und Fachschaftswahlausschüsse beschließen alle Angelegenheiten in Absprache mit dem ÜgWa. Die Beschlüsse und Unterlagen der FGWA und FSWA sind dem ÜgWa und der Wahlleitung vorzulegen. Bei Zweifelsfragen ist die Wahlleitung hinzu zu ziehen. Die endgültige Entscheidung obliegt dem ÜgWa.

§ 5 Unvereinbarkeit von Mitgliedschaft in Wahlausschüssen und Kandidatur

- (1) Bewerber:innen um einen Sitz in den Organen der Studierendenschaft sollen nicht in einem Wahlausschuss tätig sein. Sie dürfen dies nur, wenn sich für sie kein Ersatz findet und das SP seine Zustimmung gegeben hat. Der Beschluss zur Zustimmung Bedarf einer 2/3- Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder.
- (2) Die Person die den Vorsitz des ÜgWa innehat darf nicht Bewerber:in um einen Sitz in den Organen der Studierendenschaft sein.

§ 6 Sitzungen des ÜgWa

- (1) Das Präsidium des SP beruft den ÜgWa zu seiner konstituierenden Sitzung ein, die spätestens zwei Wochen nach Vorlesungsbeginn stattfinden soll, und leitet sie, bis der ÜgWa aus seiner Mitte einen oder eine Vorsitzende:n und zwei Stellvertreter:innen gewählt hat. Die Wahlleitung ist zu dieser Sitzung einzuladen.
- (2) Die Geschäftsräume des ÜgWa werden von diesem selbst festgelegt und in der Wahlausschreibung, einem eventuellen Nachtrag zur Wahlausschreibung und in der Wahlbekanntmachung veröffentlicht.

§ 7 Losentscheide in besonderen Fällen

- (1) Durch Los wird in den in dieser Wahlordnung genannten Fällen entschieden, insbesondere darüber welches Dokument im Sinne der Wahlordnung zuerst beim ÜgWa eingegangen ist und welche Liste bei identischen Stimmenzahlen den Sitz zugewiesen bekommt.
- (2) Ist eine Entscheidung durch den ÜgWa per Losentscheid zu fällen, so hat dies in einer beschlussfähigen Sitzung des ÜgWa durch die Hand des oder der Vorsitzenden zu geschehen.

§ 8 Wahlhelfer:innen

- (1) Die Wahlausschüsse können für die Beaufsichtigung der Wahlhandlung sowie für die Auszählung Wahlhelfer:innen bestellen.
- (2) Bewerber:innen um einen Sitz in den Organen der Studierendenschaft sollen nicht als Wahlhelfer:innen tätig sein. Bei einem Mangel an Wahlhelfer:innen kann hiervon abgewichen werden, näheres regelt §33.

Abschnitt III Wahlkreise und Wähler:innenverzeichnis

§ 9 Wahlkreise

- (1) Für die Wahlen zum SP und zum FSR bildet jede Fachschaft einen Wahlkreis, für die Wahlen zum FGR bildet jede Fachgruppe einen Wahlkreis.
- (2) Bei zusammengeschlossenen Fachgruppen einer Fachschaft bilden alle betreffenden Studiengänge bei der Wahl zum Fachgruppenrat einen Wahlkreis.
- (3) Existiert für einen Studiengang keine Fachgruppe, so ist diesem trotzdem eine Wahlkreisnummer zuzuordnen.

§ 10 Zuteilung der Sitze im Studierendenparlament auf die Wahlkreise

- (1) Jeder Wahlkreis ist im SP durch mindestens 1 und höchstens 8 Mitgliedern vertreten.
- (2) Die Anzahl der einem Wahlkreis zustehenden Sitze ergibt sich in Abhängigkeit von den im Wahlkreis stimmberechtigten Studierenden aus dem Wähler:innenverzeichnis nach folgendem Schlüssel:

-	bis	einschließlich	750	Studierende	1	Sitz
-	bis	einschließlich	1.500	Studierende	2	Sitze
-	bis	einschließlich	2.250	Studierende	3	Sitze
-	bis	einschließlich	3.000	Studierende	4	Sitze
-	bis	einschließlich	3.750	Studierende	5	Sitze
-	bis	einschließlich	4.500	Studierende	6	Sitze
-	ab	4.501	Studierende	7	Sitze.	

- (3) Fachschaften, in denen mehrere Fachgruppen existieren, erhalten einen weiteren SP-Sitz.
- (4) Sind in einer Fachschaft mehr Fachgruppen vertreten, als ihr an SP-Sitzen auf Grund des Schlüssels aus Abs. 2 und Abs. 3 zustehen, so erhält der zu dieser Fachschaft gehörende Wahlkreis für die Wahlen zum SP je unberücksichtigte Fachgruppe einen zusätzlichen SP-Sitz, höchstens jedoch insgesamt zwei Sitze mehr als ihm nach Abs. 2 zugeteilt. Abs. 1 bleibt unberührt.
- (5) Die Bestimmungen der Abs. 3 und 4 finden nur auf solche Fachgruppen Anwendung, in denen die Wahl für den FGR der laufenden Wahlperiode zustande gekommen ist.

§ 11 Wahlberechtigung

- (1) Das aktive und passive Wahlrecht besitzt, wer ordentlich immatrikuliert und in das Wähler:innenverzeichnis nach §12 eingetragen ist.
- (2) Der Nachweis der Wahlberechtigung erfolgt durch den vom Immatrikulationsamt zur Verfügung gestellten elektronischen Studierendenausweis, die TU-Card.
- (3) In den Ausnahmefällen von §19 erfolgt der Nachweis durch die Vorlage eines Wahlscheins.

§ 12 Aufstellung des Wähler:innenverzeichnisses

- (1) Die Wahlleitung hat zu Beginn der Vorlesungszeit des Semesters, in dem eine Wahl stattfindet, alle ordentlich immatrikulierten Studierenden in ein Wähler:innenverzeichnis eintragen zu lassen. Das Wähler:innenverzeichnis kann in einem automatisierten Verfahren geführt werden.

- (2) Das Wähler:innenverzeichnis ist nach Fachschaften und innerhalb dieser namentlich alphabetisch zu gliedern. Es muss den Familien- und Vornamen, die Matrikelnummer, die Fakultät und den Studiengang bzw. die Studiengänge der Wahlberechtigten nennen.
- (3) Die Wahlleitung erstellt als Anhang zum Wähler:innenverzeichnis eine Übersicht über die Studiengänge und deren Zuordnung zu den SP-, FSR- und FGR-Wahlkreisen. Diese Übersicht ist als Anlage mit der Wahlausschreibung bekannt zu machen.

§ 13 Zugehörigkeitserklärung bei Mitgliedschaft in mehreren Fachgruppen

- (1) Wer Mitglied mehrerer Fachgruppen ist, kann durch eine Zugehörigkeitserklärung gegenüber der Wahlleitung bestimmen, in welchem Wahlkreis für die Wahl zum FGR er oder sie das Wahlrecht ausüben will. Der jeweilige Wahlkreis für die Wahl zum SP und zum FSR ergibt sich aus der Fachschaftszugehörigkeit des Fachgruppenwahlkreises. Beim Zusammenschluss von Fachgruppen aus verschiedenen Fachschaften entscheidet das SP über die Zugehörigkeit.
- (2) Zunächst erfolgt die Zuordnung der Fachschaft und der Fachgruppe im Wähler:innenverzeichnis nach dem Studiengang, der zuoberst in der Immatrikulationsbescheinigung angegeben ist. Der ÜgWa kann unter Fristsetzung zur Abgabe einer Zugehörigkeitserklärung gegenüber der Wahlleitung auffordern. Liegt nach Ablauf der Frist eine Zugehörigkeitserklärung nicht vor, verbleibt es bei der im Wähler:innenverzeichnis bezeichneten Zuordnung.
- (3) Ein Antrag auf nachträgliche Eintragung nach §17 gilt als Zugehörigkeitserklärung.

§ 14 Einsichtnahme

- (1) Das Wähler:innenverzeichnis ist zusammen mit dem Text der Wahlordnung im Wahlamt zur Einsichtnahme auszulegen.
- (2) Eingesehen werden können grundsätzlich nur die Daten, die die eigene Person betreffen. Bei der Einsichtnahme von Daten Dritter können nur Familien- und Vornamen sowie die Wahlkreisnummer(n) eingesehen werden.
- (3) In der Wahlausschreibung sind die Wahlberechtigten unter Mitteilung des Auslegungszeitraumes und der Auslegungsorte zur Einsichtnahme in das Wähler:innenverzeichnis aufzufordern; dabei ist auf §11 Abs. 1, §12 Abs. 3, §13, §14, §15, §16, §17 Abs. 1 die in einer Anlage zur Wahlausschreibung abzdrukken sind, hinzuweisen. Der Auslegungszeitraum muss mindestens die Woche nach Bekanntgabe der Wahlausschreibung umfassen.

- (4) In das Wähler:innenverzeichnis kann auch nach Beendigung der Auslegungsfrist jedes Mitglied der Studierendenschaft der Technischen Universität Braunschweig Einblick nehmen.

§ 15 Einspruch und Korrektur

- (1) Gegen den Inhalt der Eintragung oder gegen eine Nichteintragung in das Wähler:innenverzeichnis kann jede wahlberechtigte Person schriftlich Einspruch bei der Wahlleitung einlegen. Wird gegen die Eintragung Dritter Einspruch erhoben, sind diese vom ÜgWa über den Einspruch zu unterrichten und im weiteren Verfahren zu beteiligen.
- (2) Die Einspruchsfrist sowie der Auslegungszeitraum enden mit dem Ende der Einreichungsfrist für Wahlvorschläge. Sie sind mit der Stelle, bei denen der Einspruch einzureichen ist, in der Wahlausschreibung bekannt zu geben. Legt eine wahlberechtigte Person wegen einer Eintragung, die sie selbst betrifft, Einspruch ein, so kann die Wahlleitung dem Einspruch durch eine vorläufige Entscheidung abhelfen.
- (3) Der ÜgWa soll spätestens am dritten Vorlesungstag nach Ablauf der Einspruchsfrist zur endgültigen Entscheidung über die Einsprüche zusammentreten. Die Entscheidungen sind den Einsprucherhebenden sowie den zu beteiligenden Dritten durch die Wahlleitung mitzuteilen, wenn die vorläufige Entscheidung, die dem Einspruch abgeholfen hatte, nicht bestätigt wird.
- (4) Die Entscheidungen des ÜgWa's nach Abs. (3) sind unanfechtbar.

§ 16 Endgültige Feststellung und Rechtsfolgen

Nach der Entscheidung über die Einsprüche stellt der ÜgWa das Wähler:innenverzeichnis fest. Das festgestellte Wähler:innenverzeichnis ist die maßgebliche Grundlage für den Nachweis der Wählbarkeit. Wer nach Ablauf der Einspruchsfrist immatrikuliert wird, ist abweichend zu §11 nicht wählbar.

§ 17 Nachträgliche Eintragung

- (1) Für die Ausübung des aktiven Wahlrechts ist das festgestellte Wähler:innenverzeichnis von der Wahlleitung oder auf Grund von Anträgen, die bis zu einem in der Wahlbekanntmachung festgesetzten Zeitpunkt eingehen, durch nachträgliche Eintragungen fortzuschreiben. Die Frist für nachträgliche Eintragungen darf frühestens mit dem vierzehnten Tage vor Beginn des Wahlzeitraumes enden. Wer nach Ablauf dieser Frist immatrikuliert wird, ist nicht wahlberechtigt. Nachträgliche Eintragungen in das Wähler:innenverzeichnis können auch die Änderung der Fachschafts- oder Fachgruppenzugehörigkeit betreffen.

- (2) Über die nachträgliche Eintragung entscheidet die Wahlleitung. Sie hat den ÜgWa darüber zu unterrichten. Dieser kann die Entscheidung durch eine eigene Entscheidung aufheben und ersetzen.
- (3) Über die nachträgliche Eintragung in das Wähler:innenverzeichnis kann die Wahlleitung den betreffenden Wahlberechtigten einen Wahlschein erteilen, wenn das für den Nachweis der Wahlberechtigung bei der Abstimmung zweckmäßig ist. Der Wahlschein muss die Gruppe und die Fakultät sowie alle übrigen Angaben des Wähler:innenverzeichnisses über die beziehungsweise den Wahlberechtigten enthalten.

§ 18 Berichtigung bei unwesentlichen Fehlern

Das Wähler:innenverzeichnis kann von der Wahlleitung jederzeit berichtigt werden, wenn es unwesentliche Fehler, Unstimmigkeiten oder Schreibversehen enthält. Die Berichtigung ist als solche kenntlich zu machen und mit Datum und Namenskürzel zu versehen.

Abschnitt IV Erteilung von Wahlscheinen

§ 19 Wahlschein

Die Wahlleitung kann bestimmen, dass auf der Grundlage des Wähler:innenverzeichnisses alle wahlberechtigten Studierenden oder auch einzelne wahlberechtigte Studierende einen Wahlschein zum unmittelbaren Nachweis der Wahlberechtigung erhalten. In der Wahlbekanntmachung sind die besonderen Regelungen für die Erteilung eines Wahlscheins durch Hinweis auf diese Bestimmungen, die in einer Anlage abzdrukken sind, mitzuteilen. Die Eintragungen im Wähler:innenverzeichnis müssen eine fortlaufende Nummerierung erhalten, die in den ausgegebenen Wahlscheinen eingetragen wird. Im Übrigen gilt §17 Abs. 3 Satz 2.

§ 20 Verlust des Wahlscheins

Der Verlust eines Wahlscheins ist der Wahlleitung anzuzeigen. Ein Zweitwahlschein darf ausgestellt werden, wenn die oder der Wahlberechtigte schriftlich erklärt, dass sie oder er den Wahlschein nicht erhalten hat oder, dass dieser ihr oder ihm abhandengekommen ist und, dass sie oder er das Wahlrecht noch nicht ausgeübt hat. Werden abhandengekommene Wahlscheine wieder aufgefunden, so sind sie bei der Wahlleitung abzugeben.

Abschnitt V Wahlvorschläge

§ 21 Listenprinzip

Alle Wahlvorschläge gelten als Listenwahlvorschläge. Listenwahlvorschläge mit nur einer:m Kandidat:in sind zulässig.

§ 22 Wahlkreisbindung

- (1) Jeder Wahlvorschlag darf sich nur auf die Wahl eines Organs und auf einen Wahlkreis beziehen.
- (2) In diesem Wahlkreis müssen alle Bewerber:innen des Wahlvorschlags wahlberechtigt sein. Die Wahlberechtigung kann nur durch das festgestellte Wähler:innenverzeichnis nachgewiesen werden.

§ 23 Ausschluss der Mehrfachkandidatur

Jede:r Bewerber:in darf für die Wahl desselben Organs nur auf einem Wahlvorschlag benannt werden. Die Bewerbung eines mit seinem oder einer mit ihrem Einverständnis auf mehreren Wahlvorschlägen seines oder ihres Wahlkreises genannten Bewerber:in gilt nur für den von ihm oder ihr bis zum Ablauf der Einreichungsfrist bezeichneten Wahlvorschlag, sonst für den zuletzt eingereichten Wahlvorschlag. Bei gleichzeitigem Eingang der Wahlvorschläge entscheidet das Los entsprechend nach §7.

§ 24 Formerfordernisse

- (1) Ein Wahlvorschlag muss den Wahlkreis sowie das Organ, auf das sich der Vorschlag bezieht enthalten. Die Bewerber:innen sind in einer deutlichen Reihenfolge mit folgenden Angaben aufzuführen:
 1. Name, Vorname, Matrikelnummer, Anschrift und E-Mail-Adresse und falls vorhanden, Telefonnummer,
 2. Wahlkreisnummer des Studiengangs, zu der oder die Bewerber:in zugehörig ist oder sich zugehörig erklärt hat (ggf. fiktive Wahlkreisnummer nach §9 Abs. 3,
 3. eigenhändige Unterschrift,
 4. Erklärung, dass im Falle einer Wahl diese angenommen wird.
- (2) Es muss ein Listenname angegeben werden, unter dem der Wahlvorschlag in der Wahlbekanntmachung und auf dem Stimmzettel geführt werden soll. Der Listenname darf nicht gegen Marken- und Persönlichkeitsrechte, sonstige Rechte und Gesetze oder die guten Sitten verstoßen. Er soll nicht dem Namen des zur Wahl stehenden Organs ähneln. Die Entscheidung trifft der ÜgWa.

- (3) In jedem Wahlvorschlag soll eine Vertrauensperson unter Angabe ihrer Anschrift und möglichst auch ihrer Telefonnummer und E-Mail-Adresse benannt werden. Diese muss Mitglied der Studierendenschaft, nicht aber selbst Bewerber:in sein. Falls keine besondere Benennung erfolgt, gilt der oder die in der Reihenfolge an erster Stelle genannte Bewerber:in als Vertrauensperson des Wahlvorschlages. Die Vertrauensperson ist als Vertretung aller Bewerber:innen zur Abgabe und zum Empfang von Erklärungen gegenüber dem ÜgWa oder der Wahlleitung berechtigt.

Abschnitt VI Ausschreibung der Wahl und Einreichung von Wahlvorschlägen

§ 25 Wahlausschreibung

- (1) Der ÜgWa hat die Wahl durch eine Wahlausschreibung nach Absprache mit der Wahlleitung hochschulöffentlich bekannt zu machen. Die Wahlausschreibung muss angeben:
1. Die zu wählenden Organe der Studierendenschaft.
 2. Den vom ÜgWa festgelegten Wahlzeitraum.
 3. Die Aufforderung zur Einsichtnahme in das Wähler:innenverzeichnis mit dem Hinweis auf die Möglichkeit, Einspruch einzulegen,
 4. auf die Einspruchsfrist sowie auf Ort und Zeit für die Abgabe von Einsprüchen.
 5. Die Frist für nachträgliche Eintragungen nach §17.
 6. Eine Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen nach §26 unter Angabe der auf die Wahlkreise der einzelnen Organe der Studierendenschaft entfallenden Sitze.
 7. Die Einreichungsfrist bzw. den Einreichungszeitraum und die Stellen für die Einreichung von Wahlvorschlägen.
 8. Die Geschäftsräume des ÜgWa.
 9. Die Institution, den Ort und den Zeitraum für die Abholung der Vordrucke für die Wahlvorschläge und die Internetseite, auf der die Formulare als PDF-Datei zum Download zur Verfügung gestellt werden
 10. Eine Übersicht über die Studiengänge und deren Zuordnung zu Fachgruppen und Fachschaften
 11. Einen Hinweis auf die Vorschriften des §24 über Form und Inhalt von Wahlvorschlägen.
 12. Den Hinweis auf die Möglichkeit der Briefwahl sowie die Frist, innerhalb der diese beantragt werden kann.
- (2) Die Wahlausschreibung kann in Teilen nacheinander veröffentlicht werden. Alle nach Abs. 1 notwendigen Bekanntmachungen müssen spätestens 4 Wochen vor dem ersten Tag des Wahlzeitraumes hochschulöffentlich bekannt gemacht sein. Das SP kann durch Beschluss, der mit 2/3-Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder zu fassen ist, die in Satz 2 festgelegte Frist verkürzen.

- (3) Alle wahlberechtigten Studierenden der TU Braunschweig sollen am Tag nach Veröffentlichung der Wahlausschreibung durch den ÜgWa über die Wahlausschreibung persönlich informiert werden. Über den Inhalt im Einzelnen und über die Art und Weise der Übermittlung dieser Information entscheidet der ÜgWa.

§ 26 Einreichung der Wahlvorschläge

- (1) Die Wahlvorschläge sind beim ÜgWa oder bei der von der Wahlleitung beauftragten Person einzureichen. Die Einreichungsfrist darf nicht vor Ablauf einer Woche nach Bekanntmachung der Wahlausschreibung und nicht später als 10 Tage vor dem ersten Tag des Wahlzeitraums enden.
- (2) Der ÜgWa hat in der Wahlausschreibung zur Einreichung von Wahlvorschlägen aufzufordern. Dabei sind die Einreichungsfrist sowie die Stelle für die Einreichung von Wahlvorschlägen anzugeben. Auf die Vorschriften dieses § und des §24 über Form und Inhalt von Wahlvorschlägen, die in einer Anlage zur Wahlausschreibung abgedruckt sind, ist hinzuweisen.

§ 27 Zulassung der Wahlvorschläge

- (1) Der ÜgWa vermerkt auf jedem eingereichten Wahlvorschlag Tag und Uhrzeit des Eingangs. Er prüft die Wahlvorschläge auf ihre Ordnungsmäßigkeit sowie Vollständigkeit und hat auf Mängel hinzuweisen. Bis zum Ablauf der Einreichungsfrist können Wahlvorschläge zurückgenommen, geändert oder ergänzt werden.
- (2) Der Wahlausschuss soll spätestens am dritten Vorlesungstag nach Ablauf der Einreichungsfrist über die Zulassung oder Nichtzulassung der Wahlvorschläge entscheiden.
- (3) Bei Wahlvorschlägen, die
1. nicht erkennen lassen, für die Wahl welches Organs oder welches Wahlkreises sie bestimmt sind,
 2. Bewerber:innen nicht eindeutig bezeichnen (dazu sind mindestens Name, Vorname und Matrikelnummer erforderlich),
 3. die Einverständniserklärung oder Unterschrift einzelner Bewerber:innen nicht enthalten,
 4. Bewerber:innen aufführen, die nach dem festgestellten Wähler:innenverzeichnis im betreffenden Wahlkreis nicht wählbar sind
 5. Bedingungen oder Einschränkungen enthalten,

6. einen unzulässigen Listennamen führen, ist die Vertrauensperson und ggf. einzelne betroffene Kandidierende schriftlich oder in Textform zu benachrichtigen. Ihnen ist nach Erhalt der Benachrichtigung drei Werktage Zeit zum Beheben der festgestellten Mängel zu geben. Vorschläge, die dann immer noch Mängel aufweisen oder die nicht bis zum festgesetzten Termin eingereicht sind, sind nicht zuzulassen. Soweit die Nichtzulassungsgründe sich nur auf einzelne Bewerber:innen eines Wahlvorschlags beziehen, sind nur diese nicht zuzulassen und aus dem Wahlvorschlag zu streichen.
- (4) Lässt der ÜgWa einen Wahlvorschlag ganz oder teilweise nicht zu, so hat die Wahlleitung unverzüglich die Vertrauensperson dieses Wahlvorschlags unter Angabe der Gründe schriftlich und in Textform zu unterrichten.

§ 28 Nachfrist

- (1) Der ÜgWa hat im Einvernehmen mit der Wahlleitung durch einen Nachtrag zur Wahlausschreibung diese ganz oder teilweise zu wiederholen, insbesondere erneut zur Einreichung von Wahlvorschlägen für einzelne Wahlkreise aufzufordern, wenn die Zahl der Bewerber:innen aller Wahlvorschläge eines Wahlkreises die Zahl der Sitze dieses Wahlkreises für das SP, den FSR oder FGR unterschreitet. Die bisher eingereichten zugelassenen Wahlvorschläge brauchen nicht nochmals eingereicht zu werden. Wahlvorschläge für die Wahlkreise, in denen es eine Nachfrist gibt, können innerhalb der Nachfrist geändert werden.
- (2) Es ist nur einmal durch einen Nachtrag zur Wahlausschreibung erneut zur Einreichung von Wahlvorschlägen aufzufordern. Hierbei ist darauf hinzuweisen, dass eine Wahl nur durchgeführt wird, wenn die Zahl der Bewerber:innen mehr als die Hälfte der Zahl der zu vergebenden Sitze des zu wählenden Organs beträgt.

§ 29 Wahlbekanntmachung

- (1) Der ÜgWa legt in Abstimmung mit der Wahlleitung fest, an welchen Orten und zu welcher Zeit gewählt werden kann. Gewählt wird jedoch mindestens an vier aufeinander folgenden Werktagen, mindestens in einem Wahllokal von 10.30 bis 14.30 Uhr, jedoch nicht an einem Samstag.
- (2) Spätestens eine Woche vor dem Wahltermin ist eine Wahlbekanntmachung vom ÜgWa hochschulöffentlich bekannt zu machen. Erfolgt die Bekanntmachung durch Aushang (§69), so darf der Aushang erst nach Ablauf der für die Durchführung der Wahl festgesetzten Zeit enden. Die Bekanntmachung muss mindestens folgende Angaben enthalten:
1. Die Aufforderung zur Stimmabgabe mit dem Hinweis auf Wahlzeitraum, die Wahlräume und die Tageszeiten für die Stimmabgabe.

2. Die Regelungen für die Stimmabgabe und die Briefwahl sowie die Frist, bis zu derer Briefwahanträge gestellt werden können. Die §§ 30-41 sind als Anlage abzdrukken.
 3. Die Geschäftsräume des ÜgWa
 4. Ort und Uhrzeit der hochschulöffentlichen Stimmauszählung.
 5. Die zugelassenen Wahlvorschläge.
 6. Ort und Zeit der Wahl-Vollversammlungen nach Abs. 3 sollen möglichst in die Wahlbekanntmachung aufgenommen werden.
 7. Form und Inhalt der Wahlbekanntmachung werden vom ÜgWa in Absprache mit der Wahlleitung festgelegt.
- (3) In der Woche der Wahl können die Fachgruppen oder Fachschaften ordentliche Vollversammlungen durchführen, auf denen sich die Kandidierenden vorstellen sollen. Dabei müssen zwingend alle Kandidierenden des betroffenen Wahlkreises eingeladen werden.
- (4) Alle wahlberechtigten Studierenden der TU Braunschweig sollen am Tag nach Veröffentlichung der Wahlbekanntmachung eine Wahlinformation durch den ÜgWa erhalten. Über den Inhalt im Einzelnen und über die Art und Weise der Übermittlung dieser Information entscheidet der ÜgWa. Die Wahlinformation soll mindestens enthalten:
1. Einen Hinweis auf die Unterlagen, die für die Ausübung des Wahlrechts in das Wahllokal mitzubringen sind.
 2. Einen Hinweis auf das Recht, Briefwahl zu beantragen. Ebenso soll über die Frist, innerhalb derer Briefwahl beantragt werden kann sowie auf das Antragsformular für die Beantragung von Briefwahlunterlagen aufmerksam gemacht werden.
 3. Die Aufforderung zur Einsichtnahme in das Wähler:innenverzeichnis sowie Hinweise zur Einspruchsmöglichkeit hinsichtlich des aktiven Wahlrechts, auf die Einspruchsfrist und die Einspruchsstelle.

Abschnitt VII Stimmzettel und -abgabe

§ 30 Stimmzettel

- (1) Die Stimmzettel sind gesondert für die Wahl jedes Organs der Studierendenschaft sowie getrennt für jeden Wahlkreis herzustellen und müssen eine entsprechende Überschrift tragen. Bei Wahlvorschlägen, die mit einem Listennamen versehen sind, ist dieser auf den Stimmzetteln anzugeben. Die Stimmzettel sind mit dem Stempel des ÜgWa zu versehen. Der Stempel kann gedruckt sein.

- (2) Auf dem Stimmzettel sind die Wahlvorschläge in der Reihenfolge ihres Eingangs abzudrucken. Bei gleichzeitigem Eingang entscheidet das durch die oder den Vorsitzende:n des ÜgWa zu ziehende Los nach §7. Innerhalb eines Wahlvorschlags sind Name, Vorname(n) und Studiengang eine:r jeden Bewerber:in entsprechend der Reihenfolge im eingereichten Wahlvorschlag aufzuführen. Der Stimmzettel muss Raum für das Ankreuzen der einzelnen Bewerber:innen des jeweiligen Listenwahlvorschlags vorsehen.
- (3) Auf dem Stimmzettel ist deutlich darauf hinzuweisen, wie viele Bewerber:innen angekreuzt werden dürfen. Zusätzlich ist darauf hinzuweisen, dass die Stimme für eine:n Bewerber:in auch zugunsten der gesamten Liste gezählt wird.

§ 31 Stimmabgabe

- (1) Jede:r Wähler:in kann nur eine Stimme pro Organ, für das er oder sie wahlberechtigt ist, abgeben.
- (2) Jede:r Wahlberechtigte hat seine oder ihre Stimme auf dem Stimmzettel durch Ankreuzen oder auf andere Weise an der neben dem Namen jedes Bewerbers oder jeder Bewerberin dafür vorgesehenen Stelle persönlich abzugeben.

§ 32 Wahrung des Wahlheimnisses

- (1) Es ist sicherzustellen, dass der oder die Wähler:in den oder die Stimmzettel im Wahlraum unbeobachtet kennzeichnet und abgibt. Entsprechende Vorkehrungen haben die Wahlausschüsse zu treffen.
- (2) Für die Aufnahme der Stimmzettel sind Wahlurnen zu verwenden. Vor Beginn der Stimmabgabe sind die leeren Wahlurnen so zu verschließen, dass die gefalteten Stimmzettel nur durch einen Spalt im Deckel eingeworfen werden können.
- (3) Für die einzelnen Wahlkreise sind getrennte Wahlurnen zu verwenden, es sei denn, dass die Kennzeichnung der Stimmzettel Verwechslungen ausschließt.
- (4) Wird die Wahlhandlung unterbrochen oder wird das Ergebnis nicht unmittelbar nach Stimmabgabe festgestellt, ist die Wahlurne zu verschließen. Der ÜgWa stellt im Einvernehmen mit den Aufsichtführenden sicher, dass die Wahlurne bei einem sich über mehrere Tage erstreckenden Wahlzeitraum jeweils außerhalb der Abstimmungszeit verwahrt wird.
- (5) Zu Beginn und bei Wiedereröffnung der Wahl und bei der Entnahme der Stimmzettel zur Auszählung haben sich mindestens Zwei Aufsichtführende davon zu überzeugen, dass der Verschluss der Wahlurnen unversehrt ist.

§ 33 Aufsicht

- (1) Während der Wahl haben ständig zwei Personen, die Mitglied eines Wahlausschusses oder Wahlhelfer:innen sind, an der Wahlurne zugegen zu sein (Aufsichtführende).
- (2) Sollten für ein Wahllokal keine zwei nicht kandidierenden Aufsichtsführenden auffindbar sein, entfällt dies und eine solche Funktion kann von Kandidat:innen wahrgenommen werden. Dabei darf an jeder Wahlurne maximal ein:e Kandidierende:r als aufsichtführende Person eingesetzt werden. Zur Entgegennahme von Wahlurnen und Stimmzetteln sowie zu deren Rückgabe sind nur die nicht selbst kandidierenden Aufsichtsführende befugt. Dies entbindet jene zweite aufsichtführende Person jedoch nicht von ihrer Anwesenheitspflicht.
- (3) Ein Exemplar der Wahlordnung ist im Wahlraum auszulegen.

§ 34 Ablauf der Wahlhandlung

- (1) Vor Ausgabe der Stimmzettel haben die Aufsichtsführenden die Wahlberechtigung zu prüfen. Dies geschieht in der Regel durch die Vorlage der TU-Card. Die Ausübung des Wahlrechts wird in einem Auszug aus dem Wähler:innenverzeichnis in elektronischer Form vermerkt.
- (2) Erfolgt der Nachweis der Wahlberechtigung durch die Vorlage eines Wahlscheins nach §19, so ist dieser zu den Wahlunterlagen zu nehmen.
- (3) Auf Verlangen der Aufsichtsführenden haben sich die Wahlberechtigten durch einen amtlichen Lichtbildausweis auszuweisen.

Abschnitt VIII Wahlwerbung

§ 35 Wahlwerbung durch Gremien der Studierendenschaft

- (1) Die Gremien der Studierendenschaft sind dazu angehalten, auf die Wahlen der Studierendenschaft aufmerksam zu machen. Dabei sollten die Gremienspezifischen Informationskanäle, wie Mail-Verteiler, Social Media-Accounts, Druckerzeugnisse, usw. grundsätzlich genutzt werden.
- (2) Listenspezifische Werbung darf über die Informationskanäle eines Gremiums veröffentlicht werden, wenn folgende Kriterien erfüllt sind:
 1. Die Werbung den Hinweis enthält, dass es sich um Wahlwerbung für eine Liste handelt.
 2. Allen kandidierenden Listen in dem betroffenen Wahlkreis das Angebot der Schaltung von Wahlwerbung schriftlich gemacht wurde.

3. Keine Bevorzugung von einzelnen Personen oder Listen bei der Schaltung von Wahlwerbung erfolgt.

Sollte dies nicht geschehen rügt der ÜgWa analog zu §4 Abs. 2.

- (3) Die Unterlagen zur Wahlwerbung sind vom Gremium nach Abs. 2 aufzubewahren, bis die Ergebnisse der betroffenen Wahlkreise unanfechtbar sind. Die Unterlagen müssen auf Anfrage des ÜgWa, diesem ausgehändigt werden.

§ 36 Wahlwerbepattform des ÜgWa

- (1) Der ÜgWa soll den bei den Wahlen der Studierendenschaft kandidierenden Listen für das SP und der FSR eine (digitale) Wahlplattform anbieten. Eine Erweiterung der Wahlplattform auf weitere Wahlen zu Gremien der TU Braunschweig ist möglich.
- (2) Die Verwaltung der Wahlwerbepattform obliegt dem ÜgWa. Der ÜgWa legt Richtlinien für die Verwendung der Wahlwerbepattform nach dem geltenden Recht fest und überprüft die Rechtmäßigkeit der Wahlwerbung.

§ 37 Wahlwerbung in Präsenz

Während des Wahlzeitraumes ist innerhalb eines jeden Raumes, in dem sich ein Wahllokal befindet, jedwede Beeinflussung der Wähler:innen durch Wort, Ton, Schrift oder Bild in einem Umkreis von 8 Metern um das Wahllokal herum verboten. Informationen zur Wahl der Wahlausschüsse sind hiervon ausgenommen.

§ 38 Wahlwerbung durch Listen

- (1) Der ÜgWa kann einen Anteil seiner Sachmittel für die Erstellung von listenspezifischer Wahlwerbung bereitstellen. Es gilt die Chancengleichheit aller Listen zu wahren.
- (2) Listenspezifische Wahlwerbung darf nicht gegen das geltende Recht und die guten Sitten verstoßen. Insbesondere darf die Werbung nicht andere Listen herabwürdigen oder Unwahrheiten über diese verbreiten. Der ÜgWa rügt analog zu §4 Abs. 2.

Abschnitt IX Briefwahl

§ 39 Recht auf Briefwahl

- (1) Jede:r Wahlberechtigte kann von der Möglichkeit der Briefwahl Gebrauch machen, wenn er oder sie das bei der Wahlleitung in der durch die Wahlbekanntmachung festgesetzten Frist persönlich oder schriftlich auf dem von der Wahlleitung vorgeschriebenen Antragsformular beantragt. Die Frist darf frühestens mit dem siebten Tage vor Beginn des Wahlzeitraumes enden. Nachdem in das Wähler:innenverzeichnis ein Briefwahlvermerk aufgenommen ist, sind die Briefwahlunterlagen auszuhändigen oder zuzusenden.
- (2) Für die Beantragung der Briefwahl steht den Studierenden der TU Braunschweig ein Antragsformular zur Verfügung. Weiteres ist der Wahlausschreibung und -bekanntmachung zu entnehmen.
- (3) Briefwahlunterlagen sind:
 1. die Stimmzettel mit einem Stimmzettelumschlag,
 2. der Wahlbrief,
 3. die Briefwählerläuterung und
 4. die Erklärung über die Briefwahl.
- (4) Einer anderen Person, als dem bzw. der Wahlberechtigten persönlich, dürfen die Briefwahlunterlagen nur ausgehändigt oder zugesandt werden, wenn eine schriftliche Empfangsvollmacht übergeben wird.

§ 40 Abgabe der Stimme

- (1) Der oder die Wähler:in gibt bei der Briefwahl seine bzw. ihre Stimmen in der Weise ab, dass er bzw. sie für jede Wahl einen Stimmzettel persönlich und unbeobachtet kennzeichnet und in dem dafür vorgesehenen Stimmzettelumschlag verschließt. Der oder die Briefwähler:in hat durch Erklärung diese Verfahrensweise zu bestätigen. Diese Erklärung ist zusammen mit den Stimmzettelumschlägen persönlich bei der Wahlleitung abzugeben oder im Wahlbriefumschlag zuzusenden.
- (2) Die Stimmabgabe ist rechtzeitig erfolgt, wenn der Wahlbrief der Wahlleitung bis zum Ablauf der für die Stimmabgabe vom ÜgWa festgesetzten Tageszeit zugegangen ist. Auf dem Wahlbriefumschlag ist der Tag des Eingangs, bei Eingang am letzten Wahltag auch die Uhrzeit zu vermerken. Verspätet eingegangene Wahlbriefumschläge hat die Wahlleitung mit einem Vermerk über den Zeitpunkt des Eingangs ungeöffnet zu den Wahlunterlagen zu nehmen.

- (3) Der ÜgWa hat dafür zu sorgen, dass in Gegenwart von mindestens zwei Aufsichtsführenden während des Wahlzeitraumes die ordnungsgemäße Briefwahl geprüft und im Wähler:innenverzeichnis vermerkt wird, sowie dass die Stimmzettel ohne Einsichtnahme in eine allgemein verwendete Wahlurne gebracht werden.

§ 41 Nichtigkeit der Stimmabgabe

Die Stimmzettel sind nicht in eine allgemeine Wahlurne zu bringen und eine Stimme gilt als nicht abgegeben, wenn

1. der Wahlbrief nicht rechtzeitig eingegangen ist,
2. der oder die Wähler:in im Wähler:innenverzeichnis nicht mit einem Briefwahlvermerk gekennzeichnet ist
3. Erklärung entsprechend §39 Abs. 1 fehlt,
4. der oder die Briefwähler:in gegen die Briefwahlregeln verstoßen hat und deswegen nicht sichergestellt ist, dass sein bzw. ihr Stimmzettel ohne vorherige Einsichtnahme in die Wahlurne gebracht werden kann.

Abschnitt X Auszählung und Feststellung des Wahlergebnisses

§ 42 Grundsätze der Auszählung

- (1) Die Auszählung der Stimmen ist hochschulöffentlich.
- (2) Der ÜgWa hat unverzüglich nach Abschluss der Stimmenabgabe die abgegebenen Stimmen unter Hinzuziehung von Wahlhelfern:innen zu zählen.
- (3) An Auszählungen von Wahlkreisen darf nur teilnehmen, wer in diesen nicht selbst kandidiert.

§ 43 Abgleich der abgegebenen Stimmen

- (1) Zunächst ist die Zahl der in den Urnen enthaltenen Stimmzettel - gesondert nach Wahlkreisen - mit der Anzahl der Stimmabgaben zu vergleichen, die in einer Ausfertigung oder in einem Auszug des Wähler:innenverzeichnisses, gegebenenfalls auch in elektronischer Form, vermerkt sind oder mit der Anzahl der einbehaltenen Wahlscheine.

- (2) Ist die Zahl der Stimmzettel höher als die Zahl der vermerkten Stimmabgaben oder Anzahl der einbehaltenen Wahlscheine, hat der ÜgWa bei der Feststellung des Wahlergebnisses festzustellen, ob die Zahl der unzulässig abgegebenen Stimmzettel Einfluss auf die Sitzverteilung gehabt haben könnte. Ist eine solche Beeinflussung des Wahlergebnisses möglich, so ist für dieses Organ in dem betreffenden Wahlkreis eine Nachwahl gemäß §49 durchzuführen.

§ 44 Ungültigkeit von Stimmzetteln

- (1) Ungültig sind Stimmen, wenn der Stimmzettel

1. nicht den ÜgWa-Stempel enthält,
2. keinen Stimmabgabevermerk enthält,
3. den Willen des oder der Wähler:in nicht zweifelsfrei wiedergibt,
4. einen Vorbehalt enthält oder durch einen Zusatz gegen den Grundsatz der geheimen Wahl verstößt.

- (2) Stimmzettel, die Anlass zu Bedenken geben, sind dem ÜgWa zur Entscheidung zu übergeben. Der ÜgWa entscheidet, ob und wie der Stimmzettel zu zählen ist und bestätigt oder berichtigt entsprechend dieser Entscheidung das Zählergebnis. Diese Stimmzettel sind mit fortlaufender Nummer zu versehen und von den übrigen Stimmzetteln gesondert bei den Wahlunterlagen aufzubewahren.

- (3) Nach Abschluss der Auszählung sind die Niederschriften über die Wahlhandlung und die Auszählung sowie die Ausfertigungen oder Auszüge aus dem Wähler:innenverzeichnis, die Wahlscheine und die Stimmzettel unverzüglich dem ÜgWa zu übergeben.

§ 45 Feststellung des Wahlergebnisses

- (1) Der ÜgWa stellt auf Grund der Zählergebnisse als Wahlergebnis gesondert für jeden Wahlkreis der Organe der Studierendenschaft der TU Braunschweig fest:

1. die Zahl der Wahlberechtigten
2. die Zahl der Wähler:innen
3. die Zahl der gültigen Stimmen
4. die Zahl der ungültigen Stimmzettel
5. die Zahl der Stimmen, die auf die einzelnen Wahlvorschläge insgesamt und auf die einzelnen Bewerber:innen entfallen sind,
6. die gewählten Vertreter:innen und Nachrücker:innen,
7. das Zustandekommen oder Nichtzustandekommen der Wahl.

- (2) Die Wahlleitung macht das Wahlergebnis im Einvernehmen mit dem ÜgWa unverzüglich durch Aushang für mindestens zehn Werktage hochschulöffentlich bekannt. Dabei ist auf die Möglichkeit hinzuweisen, nach §61 Einspruch einzulegen unter Angabe der Einspruchsfrist und der Stelle, bei der Einspruch einzulegen ist.
- (3) Der ÜgWa benachrichtigt die gewählten Mitglieder des SP durch Aushang und werden schriftlich von dem amtierenden Präsidenten oder der amtierenden Präsidentin des SP zur konstituierenden Sitzung des SP eingeladen.
- (4) Der ÜgWa benachrichtigt die gewählten Mitglieder der FSR und FGR durch Aushang. Zusätzlich verteilt er an die amtierenden FSR und FGR Aushänge, die die gewählten Mitglieder der entsprechenden FSR bzw. FGR des darauffolgenden Semesters angeben und bittet die amtierenden FSR und FGR diese Aushänge an ihren schwarzen Brettern zu veröffentlichen. Die amtierenden FSR und FGR laden dann zur konstituierenden Sitzung der neu gewählten FSR bzw. FGR durch Aushang ein. Näheres regelt die Fachschaftsrahmenordnung.

§ 46 Vergabe der Sitze auf die Listen

- (1) Die Stimmenzahl eines Wahlvorschlages ergibt sich als Summe der gültigen Stimmen, die die Bewerber:innen dieses Wahlvorschlages erhalten haben.
- (2) Die einem Wahlkreis zustehenden Sitze werden nach der Reihenfolge der Höchstzahlen zugeteilt, die sich durch Division der Stimmenzahl der für den einzelnen Listenwahlvorschlag nach (1) abgegebenen Stimmen durch 1, 3, 5... ergeben (Verfahren Sainte-Laguë).
- (3) Erreichen zwei oder mehr Listen identische Höchstzahlen entscheidet das von dem oder der ÜgWa-Vorsitzenden zu ziehende Los über die Sitzvergabe nach §7.
- (4) Die einem Listenwahlvorschlag zustehenden Sitze erhalten die Bewerber:innen dieses Wahlvorschlages, nach der Reihenfolge ihrer Stimmenzahl, beginnend mit der höchsten Stimmenzahl. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet die Reihenfolge der Bewerber:innen innerhalb der Liste.

§ 47 Nachrücker:innen und Verringerung der Sitze

- (1) Sind auf einen Wahlvorschlag mehr Sitze entfallen, als Bewerber:innen benannt sind, so bleiben diese Sitze unbesetzt, und das betreffende Organ setzt sich in dieser Amtszeit aus entsprechend weniger stimmberechtigten Mitgliedern zusammen.
- (2) Bewerber:innen eines Wahlvorschlages, die keinen Sitz erhalten, rücken für die gewählten Bewerber:innen ihres Wahlvorschlages nach, wenn diese vorzeitig aus dem betreffenden Organ ausscheiden.

- (3) Das Nachrücken geschieht nach der Reihenfolge ihrer Stimmenzahl, beginnend mit der höchsten Stimmenzahl. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet die Reihenfolge der Bewerber:innen innerhalb der Liste.
- (4) Wenn die Liste erschöpft ist, bleiben die frei werdenden Sitze dieses Wahlvorschlags für die restliche Amtszeit unbesetzt. Die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder des betreffenden Organs verringert sich für den Rest der Amtszeit dementsprechend.

§ 48 Ausschluss von stimmenlosen Wahlvorschlägen

Wahlvorschläge sowie Bewerber:innen, die keine Stimme erhalten haben, sind bei der Sitzverteilung, beim Nachrücken und bei der Stellvertretung nicht zu berücksichtigen.

Abschnitt XI Nach-, Neu- und Zwischenwahlen

§ 49 Nachwahl

- (1) Eine Nachwahl ist die erneute Durchführung einer Wahl in einem einzelnen Wahlkreis vor Beginn der Amtszeit.
- (2) Eine Nachwahl findet statt, wenn:
 1. In einzelnen Wahlkreisen die Wahl nicht durchgeführt worden ist, weil das Wahl-verfahren auf Grund eines Beschlusses des Wahlausschusses wegen eines Verstoßes gegen Wahlrechtsvorschriften unterbrochen ist;
 2. Verstöße gegen Wahlrechtsvorschriften sich auf das Wahlergebnis ausgewirkt haben oder ausgewirkt haben können,
 3. Nach der Feststellung des Wahlergebnisses die Wahl nicht zustande gekommen ist.
- (3) Wenn eine Nachwahl notwendig ist, stellt dies der ÜgWa fest; zugleich bestimmt er, auf welche Wahlkreise die Nachwahl sich erstreckt. Dieser Beschluss ist in Form einer zusätzlichen Wahlausschreibung oder einer zusätzlichen Wahlbekanntmachung hochschulöffentlich bekannt zu machen. Die Nachwahl kann vor Abschluss der laufenden Wahl vorbereitet werden.
- (4) Die Ergebnisse der Nachwahl gelten als die Ergebnisse der eigentlichen Wahl in diesem Wahlkreis.

§ 50 Vorgezogene Neuwahl

- (1) Eine vorgezogene Neuwahl ist die vollständige Neuwahl eines Gremiums während seiner Amtszeit.

(2) Eine vorgezogene Neuwahl findet statt, wenn:

1. das Gremium beschließt sich aufzulösen, oder
2. das Gremium aufgrund von Unterbesetzung nicht mehr beschlussfähig ist oder
3. das SP diesem mit einer 2/3-Mehrheit zustimmt.

(3) Der Vorsitz hat zum Zeitpunkt des beschlussunfähig Werdens des entsprechenden Gremiums, den ÜgWa über die Notwendigkeit der vorgezogenen Neuwahl in Kenntnis zu setzen.

(4) Wenn die Wahlausschreibung der nächsten regulären Wahl zu dem betroffenen Gremium bereits veröffentlicht ist, kann eine vorgezogene Neuwahl nicht mehr durchgeführt werden.

(5) Das so neu gewählte Gremium ersetzt das ursprünglich gewählte; es vollendet dessen Amtszeit.

§ 51 Zwischenwahl

(1) Eine Zwischenwahl ist die Wahl in demjenigen Semester, in dem keine allgemeine Wahlen der Studierendenschaft stattfinden. Sie richtet sich nach §7 Abs. 2 der Organisationssatzung der Studierendenschaft der TU Braunschweig. Die Zwischenwahl wird für alle Gremien nach §1 verbunden durchgeführt.

(2) In einer Zwischenwahl werden alle Wahlkreise aller Gremien vollständig neu ausgeschrieben, in denen es unbesetzte Sitze gibt oder für die Rücktritte unter Vorbehalt nach §56 angekündigt sind, ohne dass es für solche Rücktritte Nachrückende gibt. Dies umfasst auch Wahlkreise, in denen bei der allgemeinen studentischen Wahl keine Wahl zustande gekommen ist.

(3) Ist ein Gremium beschlussfähig, kann es mit 2/3-Mehrheit auf die Zwischenwahl verzichten. Der Verzicht erstreckt sich ebenfalls auf alle Wahlkreise zu dem Gremium, eine Auswahl ist nicht zulässig.

(4) Bereits gewählte Mitglieder des Gremiums haben bei der Zwischenwahl kein passives Wahlrecht. Vertreter:innen verlieren mit der erfolgreichen Wahl ihren Vertreter:innenstatus aus der vorherigen Wahl.

(5) Abweichend zu Abs. 3, kann das SP nicht mit einer 2/3-Mehrheit auf eine Zwischenwahl verzichten, wenn in einem Wahlkreis weniger als die Hälfte der Gewählten dem Gremium noch angehören.

§ 52 Analoge Anwendung und Abweichung zu den Bestimmungen zur allgemeinen Wahl

- (1) Auf die Wahlen nach §§ 49 – 51 sind die weiteren Bestimmungen dieser Wahlordnung analog anzuwenden.
- (2) Abweichend dazu gilt für eine Zwischenwahl:
 1. In der Zwischenwahl gewählte Personen verlieren damit ihren Sitz aus der vorangegangenen allgemeinen Wahlen der Studierendenschaft.
 2. Bereits amtierende Mitglieder des Gremiums werden keine Nachrückenden ihrer Liste.
 3. Eine Person ist niemals gleichzeitig Nachrückende:r für mehrere Listen im gleichen Gremium, es gilt jeweils nur das chronologisch letzte Wahlergebnis.
- (3) Vorgezogene Neuwahlen und Zwischenwahlen finden abweichend von §29 Abs. 1 an mindestens zwei aufeinander folgenden Tagen statt. Die übrigen Fristen können durch den ÜgWa einstimmig verkürzt werden soweit gewährleistet ist, dass die Betroffenen ausreichend Gelegenheit erhalten, von der Wahlausschreibung und Wahlbekanntmachung Kenntnis zu nehmen sowie Einsprüche und Vorschläge einzureichen. Wird mindestens ein SP-Wahlkreis ausgeschrieben, soll an mindestens vier aufeinander folgenden Tagen gewählt werden können.
- (4) Die Amtszeit einer in der Zwischenwahl gewählten Person beginnt frühestens mit dem ersten Tag des Semesters für das die Wahl stattfand und endet spätestens mit der normalen Amtszeit der übrigen Mitglieder des Gremiums.

Abschnitt XII Rücktritte, Vertreter und Meldepflichten

§ 53 Rücktritt und Wirksamwerden

Ein Rücktritt ist dem oder der Vorsitzenden des Gremiums schriftlich mitzuteilen. Dieser wird mit dem Zeitpunkt der Kenntnisnahme wirksam, solange nicht durch diese Ordnung oder die Satzung der Studierendenschaft anderes bestimmt wird. Die Amtszeit der Nachrückenden endet mit der Beendigung der Amtszeit der übrigen Mitglieder des jeweiligen Organs.

§ 54 Meldepflicht

Alle Rücktritte sind dem ÜgWa durch die zurücktretenden Personen unverzüglich zu melden. Kommt sie dieser Pflicht nicht nach, kann die Meldung behelfsweise durch ein aktives Mitglied des jeweiligen Organs erfolgen. Geschieht dies nicht rügt der ÜgWa analog §4 Abs.2.

§ 55 Benachrichtigung und Amtsantritt der Nachrückenden

Der Vorsitz des Gremiums soll die durch den ÜgWa in der Bekanntmachung des endgültigen Wahlergebnisses benannten Nachrückenden in Textform informieren. Diese treten ihr in der nächsten Sitzung des Gremiums an, solange nicht durch diese Ordnung oder die Satzung der Studierendenschaft anderes bestimmt wird.

§ 56 Rücktritt unter Vorbehalt

- (1) Ein Mitglied eines Gremiums kann vor der Ausschreibung der Zwischenwahlen in einer vom ÜgWa festzusetzenden und bekanntzumachenden Frist, die eine Woche nicht unterschreitet, mitteilen, zum Semesterwechsel zurücktreten zu wollen.
- (2) Kann der Sitz in der Zwischenwahl erfolgreich besetzt werden, wird der Rücktritt zum Amtsantritt der in der Zwischenwahl Gewählten wirksam. Ansonsten ist er hinfällig.
- (3) Können in der Zwischenwahl die Listen nach §41 nicht alle ausgeschriebenen Sitze besetzen so werden die unter Vorbehalt ausgesprochenen Rücktritte in gleicher Zahl hinfällig. Für die Reihenfolge gilt der Eingang der Rücktrittserklärung beim ÜgWa und bei Gleichheit der Eingänge das Los nach §7.

§ 57 Vertretung

Die Mitglieder der Organe werden im Falle ihrer Verhinderung von den nicht gewählten Bewerber:innen vertreten, die im Falle des vorzeitigen Ausscheidens von Mitgliedern als Ersatzleute nachrücken würden. Findet die Stellvertretung im SP statt, hat das verhinderte Mitglied das Präsidium des SP über die Stellvertretung zu informieren.

Abschnitt XIII Abweichungen von der Präsenzwahl in besonderen Situationen

§ 58 Feststellung der Undurchführbarkeit von Präsenzwahlen

- (1) In Semestern, in denen das Präsidium des SP eine außerordentliche Situation nach §3a Abs. 1 SP-GO festgestellt hat, kann unter Beachtung der in dieser Wahlordnung dafür vorgesehenen Bestimmungen eine Wahl auch als internetbasierte, elektronische Ersatzwahl (elektronische Ersatzwahl) durchgeführt werden. Die Feststellung über die Undurchführbarkeit der Präsenzwahl trifft der ÜgWa einstimmig in Abstimmung mit der Wahlleitung der TU Braunschweig. Das SP kann den ÜgWa durch Beschluss zu einer erneuten Prüfung anweisen (einmaliges Vetorecht). Die Feststellung ist analog zu §69 der Hochschulöffentlichkeit bekannt zu geben.

- (2) Abweichend von Abs. 1 kann die Wahl auch als ausschließliche Brief-Ersatzwahl durchgeführt werden.
- (3) Falls eine Ersatzwahl durchgeführt werden muss, ist zuerst die Durchführung einer elektronischen Ersatzwahl zu prüfen. Falls diese nicht durchgeführt werden kann, ist eine Durchführung einer Brief-Ersatzwahl zu prüfen.

§ 59 Elektronische Wahl

- (1) Die Wahlen der Studierendenschaft werden als elektronische Wahl durchgeführt, wenn die Kollegialwahlen in einer vergleichsweisen Form wählen. Das SP kann mit einer 2/3-Mehrheit beschließen, die Wahlen der Studierendenschaft auf Antrag nicht als elektronische Wahl durchzuführen.
- (2) Der ÜgWa legt in Abstimmung mit der Wahlleitung für nach §59 Abs. 1 durchgeführte Wahlen die zu verwendende Software fest. Dafür gelten folgende technische Anforderungen an das Online- Wahlsystem:
 - 1. Elektronische Wahlen dürfen nur dann durchgeführt werden, wenn das verwendete elektronische Wahlsystem aktuellen technischen Standards, insbesondere den Sicherheitsanforderungen für Online-Wahlprodukte des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik entspricht. Das System muss die in den nachfolgenden Absätzen aufgeführten technischen Spezifikationen besitzen. Die Erfüllung der technischen Anforderungen ist durch geeignete Unterlagen - wie den Nachweis eines Sicherheits-Zertifikates - nachzuweisen.
 - 2. Zur Wahrung des Wahlheimnisses müssen elektronische Wahlurne und elektronisches Wählerverzeichnis auf verschiedener Serverhardware geführt werden. Das Wählerverzeichnis soll ausschließlich auf universitätseigenen Servern gespeichert werden.
 - 3. Die Wahlserver müssen vor Angriffen geschützt sein, insbesondere dürfen nur autorisierte Zugriffe zugelassen werden. Autorisierte Zugriffe sind insbesondere die Überprüfung der Stimmberechtigung, die Speicherung der Stimmabgabe zugelassener Wählerinnen und Wähler, die Registrierung der Stimmabgabe und die Überprüfung auf mehrfacher Ausübung des Stimmrechtes (Wahldaten). Es ist durch geeignete technische Maßnahmen zu gewährleisten, dass im Falle des Ausfalles oder der Störung eines Servers oder eines Serverbereiches keine Stimmen unwiederbringlich verloren gehen können.
 - 4. Die Datenübermittlung muss verschlüsselt erfolgen, um eine unbemerkte Veränderung der Wahldaten zu verhindern. Bei der Übertragung und Verarbeitung der Wahldaten ist zu gewährleisten, dass bei der Registrierung der Stimmabgabe, kein Zugriff auf den Inhalt der Stimmabgabe möglich ist.

5. Die Wählerinnen und Wähler sind über die Sicherheitshinweise zu informieren, mit denen der für die Wahlhandlung genutzte Computer gegen Eingriffe Dritter nach dem aktuellen Stand der Technik geschützt wird. Die Kenntnisnahme der Sicherheitshinweise ist vor der Stimmabgabe durch den Wähler bzw. die Wählerin verbindlich in elektronischer Form zu bestätigen. Auf die Möglichkeit der Nutzung gesicherter Geräte innerhalb der Universität gem. §29 Abs. 1 kann verwiesen werden.

(3) Abweichend zu §11 gilt für elektronische Wahlen:

1. Bei einer Online-Wahl erhält die oder der Wahlberechtigte als Nachweis der Wahlberechtigung in der Regel spätestens zwei Wochen vor der Wahl eine elektronische oder schriftliche Benachrichtigung über die endgültige Eintragung in das Wählerverzeichnis.
2. Die Benutzung von Wahlscheinen entfällt.

(4) Die Authentifizierung zu Wahlzwecken erfolgt wie folgt:

1. Die Stimmabgabe erfordert eine vorherige Authentifizierung.
2. Findet die Authentifizierung über das hochschuleigene Authentifizierungssystem statt, erfolgt sie mit den in diesem Authentifizierungssystem vergebenen Zugangsdaten. Es kann abweichend vom hochschuleigenen Authentifizierungssystem auch ein Authentifizierungssystem der entsprechend zertifizierten Wahlsoftware genutzt werden.
3. Vor der Stimmabgabe ist die wahlberechtigte Person darauf hinzuweisen, dass die Stimmabgabe geheim und frei zu erfolgen hat.
4. Der Zugang zum Portal zur Online-Stimmabgabe ist während des Wahlzeitraums bis zur endgültigen Abgabe der Stimme mehrfach möglich.
5. Die Stimmabgabe kann nur einmalig erfolgen und nicht rückgängig gemacht oder geändert werden.

(5) Abweichend zu §25 gilt für elektronische Wahlen:

1. In die Wahlausschreibung ist ergänzend zu §29 Abs. 1 aufzunehmen, dass die Wahl als Elektronische Ersatzwahl durchgeführt wird.
2. Eine nachträgliche Ausschreibung zum Zweck der Verschiebung des Wahlzeitraums ist zulässig, wenn ansonsten ein Ausfall des Wahlsystems oder eine vergleichbare technische Schwierigkeit zu erwarten wäre.

(6) Abweichend zu §29 gilt für elektronische Wahlen:

Die Freigabe und Schließung der Wahlplattform wird durch den ÜgWa in Absprache mit der Wahlleitung festgelegt. Die zeitliche Verfügbarkeit darf der einer Präsenzwahl nicht unterschreiten.

(7) Abweichend zu §31 gilt für elektronische Wahlen:

1. In elektronischer Form erfolgte die Stimmabgabe durch Ausfüllen des elektronischen Stimmzettels. Der elektronische Stimmzettel muss alle Wahlvorschläge für den entsprechenden Wahlbereich enthalten. Jede Wählerin und jeder Wähler hat nur eine Stimme pro zu wählenden Organ. Stimmenhäufung auf eine Bewerberin oder einen Bewerber ist unwirksam.
2. Das Ausfüllen des elektronischen Stimmzettels erfolgt durch Markierung. Die wahlberechtigte Person besitzt bis zur endgültigen Stimmabgabe das Recht, ihre Eingabe zu korrigieren oder die Wahl abzubrechen. Kommt es nicht zu einer endgültigen Stimmabgabe, werden die Markierungen nicht fixiert. Die Abgabe von weniger Stimmen als rechtlich gestattet und die Abgabe eines leeren Stimmzettels ist zulässig, ebenso wie eine ungültige Stimmabgabe.
3. Ein Ausdruck des elektronischen Stimmzettels, der Markierungen abgegebenen Stimme oder der endgültigen Stimmabgabe und vergleichbare Verstärkungen sind nicht zulässig. Die einzelnen Schritte des Wahlvorganges dürfen nicht gleichzeitig angezeigt werden.
4. Zeitlich längere Inaktivität der wahlberechtigten Person gilt in jeder Phase der elektronischen Stimmabgabe als Abmeldung.
5. Die Abgabe des elektronischen Stimmzettels führt noch nicht zur endgültigen Stimmabgabe. Vielmehr sind der wahlberechtigten Person nach Abgabe des elektronischen Stimmzettels die ausgefüllten Wahl Vorschläge zur Bestätigung anzuzeigen. Die Ablehnung dieser Endfassung führt zum elektronischen Stimmzettel zurück, bei dem die Markierungen noch bestehen. Die Bestätigung des abgegebenen elektronischen Stimmzettels führt zur endgültigen Stimmabgabe. An die Bestätigung schließt sich die Übermittlung der endgültigen Stimmabgabe an. Die Übermittlung muss für die wahlberechtigte Person am Bildschirm erkennbar sein. Mit dem Hinweis auf die erfolgreiche endgültige Stimmabgabe gilt diese als vollzogen. Eine erneute Stimmabgabe ist unzulässig.
6. Die Stimmabgabe ist völlig getrennt von der Authentifizierung abzugeben. Eine Verknüpfung zwischen Identität des Wahlberechtigten und Stimmabgabe darf in keiner Weise hergestellt werden.

(7) Abweichend zu §§ 42- 44 gilt für elektronische Wahlen:

1. Nach Beendigung der Online-Wahl wird die Urne elektronisch durch das System ausgezählt. Die Öffnung des elektronisch bereitgestellten Ergebnisses erfolgt hochschulöffentlich in Anwesenheit des ÜgWa und der Wahlleitung. Die Wahlleitung veranlasst in Zusammenarbeit mit dem ÜgWa unverzüglich nach Bereitstellung des
2. Abstimmungsergebnisses die Auswertung der abgegebenen Stimmen inklusive der Sitzverteilung.
3. Die auf jeden Wahlvorschlag entfallenden gültigen Stimmen werden zusammengezählt.
4. Ungültig sind Stimmen, wenn der Stimmzettel:
 - a. keinen Stimmabgabevermerk enthält,
 - b. mehr als die jeweils zulässigen Stimmabgabevermerke enthält,
 - c. als ungültig gekennzeichnet ist, sofern diese Option bereitgestellt wird.

5. Alle Datensätze der elektronischen Ersatzwahl sind in geeigneter, manipulationssicherer Weise zu speichern. Über die Auszählung ist eine Niederschrift nach § 66 anzufertigen. Das Wahlergebnis ist hochschulöffentlich bekannt zu geben.
6. Wenn die In Kenntnisnahme nicht hochschulöffentlich stattfinden kann, so ist sie per Live-Stream, welcher hochschulöffentlich ist, zu übertragen.
7. Die Wahlleitung gewährt auf Antrag bei berechtigtem Interesse die Möglichkeit, anhand der von der elektronischen Wahlurne erzeugten Datei die Ordnungsmäßigkeit der Auszählung zu prüfen. Die Frist für die Stellung der Anträge bestimmt der ÜgWa in Absprache mit der Wahlleitung.

(8) Störungen bei der Elektronischen Ersatzwahl

1. Ist die elektronische Stimmabgabe während der Wahl nicht möglich, da längerfristige Störungen bei dem Wahlserver auftreten, kann die Wahlfrist verlängert werden. Die Verlängerung muss vom ÜgWa einstimmig in Absprache mit der Wahlleitung beschlossen werden und hochschulöffentlich bekannt gegeben werden.
2. Werden während der elektronischen Wahl Störungen bekannt gegeben, die ohne Gefahr eines vorzeitigen Bekanntwerdens oder Löschens der bereits abgegebenen Stimmen behoben werden können und ist zugleich eine mögliche Stimmenmanipulation ausgeschlossen, können die Störungen behoben und die Wahl fortgesetzt werden. Bei sonstigen Störungen muss nach sachgemäßem Ermessen entschieden werden, wie auf die Störungen zu reagieren ist.
3. Ist eine Manipulation nicht ausgeschlossen, ist die Wahl abubrechen.

(9) Abweichend zu §68 gilt für elektronische Wahlen:

1. Fristen können auch an Werktagen enden, die für alle an der Wahl betroffenen Studierenden vorlesungsfrei sind. Der Ablauf von Fristen an Samstagen, Sonntagen und Feiertagen ist ausgeschlossen.
2. Fristen die nach i. von §24 (1) abweichen, sind vom ÜgWa auch auf den Internetseiten der verfassten Studierendenschaft und/ oder des Wahlamts zu veröffentlichen.

(10) Abweichend zu §49 (Nachwahl) gilt für elektronische Wahlen:

Kann eine Manipulation oder in Einsichtnahme Unbefugter in das Wahlsystem, oder des Authentifizierungssystems nicht ausgeschlossen werden, so ist eine Nachwahl anzusetzen.

- (11) Wird zu Durchführung ein externer Dienstleister beauftragt, so ist die Beauftragung vertraglich zu regeln. Insbesondere ist dieser auf die Einhaltung der Regelungen der EU DSGVO, zur Verschwiegenheit sowie ggfs. speziell in dieser Ordnung genannte Bestimmungen dieser Wahlordnung zu verpflichten. Gleiches gilt analog für TU-interne Dienstleister. Der Vertragsabschluss kann auch zwischen der Wahlleitung und dem Unternehmen erfolgen.

§ 60 Brief-Ersatzwahl

- (1) Die Brief-Ersatzwahl nach §60 wird als ausschließliche Briefwahl durchgeführt, es ist kein getrennter Briefwahantrag des oder der Wahlberechtigten erforderlich; ansonsten gelten die Bestimmungen der §§ 39-41 analog.
- (2) Abweichend zu §12 gilt für die Brief-Ersatzwahl:
Bei den in das Wähler:innenverzeichnis aufzunehmenden Angaben ist zusätzlich für die Zwecke der Briefwahl die Anschrift der Wahlberechtigten mit aufzunehmen.
- (3) Abweichend zu §25 Abs. 1 gilt für die Brief-Ersatzwahl:
 1. In die Wahlausschreibung ist ergänzend zu §25 Abs. 1 aufzunehmen, dass die Wahl als Brief-Ersatzwahl durchgeführt wird.
 2. Die Ausschreibung muss den konkreten Tag aller in §§ 39 - 41 benannten Fristen angeben. Sie muss weiterhin den Stichtag enthalten, bis zu dem die Wahlunterlagen beim ÜgWa eingegangen sein müssen.
 3. Die Ausschreibung muss zudem einen Stichtag zum Einreichen von Meldungen über falsche Zustellung, oder Verlust der Wahlunterlagen enthalten. Dieser ist so festzulegen, dass für die Wähler, nach positiver Überprüfung, noch die Möglichkeit des Wählens sichergestellt werden kann.
 4. Die Ausschreibung muss zudem einen Stichtag zum Einreichen einer Änderung der Adresse, an die die Wahlunterlagen geschickt werden, enthalten.
- (4) Abweichend zu §29 gilt für die Brief-Ersatzwahl:
Abweichend zu §29 Abs. 1 wird ein Wahlzeitraum festgelegt, in dem Briefwahlzettel angenommen werden.
- (5) Abweichend zu §42 Abs. 1 gilt für die Brief-Ersatzwahl:
Ist die hochschulöffentliche Auszählung nicht möglich, so ist sie per Live-Stream zu übertragen. Mitglieder weiterer Studentischer Wahlausschüsse können die Stimmen in diesem Fall mitauszählen.
- (6) Werden zum Druck der benötigten Wahlunterlagen oder dem Versand dieser externe Dienstleister beauftragt, so ist die Beauftragung vertraglich zu regeln. Insbesondere sind diese auf die Einhaltung der Regelungen der DSGVO, zur Verschwiegenheit sowie ggfs. speziell in dieser Ordnung genannte Bestimmungen dieser Wahlordnung zu verpflichten. Gleiches gilt analog für TU-interne Dienstleister.

Abschnitt XIV Wahlprüfung, Einspruch und Widerspruch

§ 61 Wahlprüfung durch Einspruch

- (1) Die Wahl kann durch schriftlichen Einspruch, der die Gründe angeben muss, binnen einer Woche nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses angefochten werden. Der Einspruch gegen die Wahl ist in jedem Fall beim ÜgWa zu erheben.
- (2) Der Wahleinspruch ist begründet, wenn Wahlrechtsbestimmungen verletzt worden sind und diese Verletzungen zu einer fehlerhaften Feststellung der Gewählten und der Nachrückenden geführt haben oder hätten führen können.
- (3) Der Einspruch hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 62 Betroffenheitsprinzip

Der Einspruch ist nur zulässig, wenn die ihn erhebende Person zur Wahl im betroffenen Wahlkreis berechtigt war.

§ 63 Endgültigkeit des Wähler:innenverzeichnisses

Das Wähler:innenverzeichnis unterliegt einem getrennten, vorgelagerten Einspruchsverfahren nach §15. Weitere Einsprüche können nicht mit der Unrichtigkeit des Wähler:innenverzeichnisses begründet werden.

§ 64 Entscheidungsfrist

Der ÜgWa entscheidet in Abstimmung mit der Wahlleitung unverzüglich - spätestens innerhalb einer Woche - über den Einspruch.

§ 65 Widerspruch

- (1) Begnügt sich der oder die Einsprucherhebende nicht mit der Entscheidung, so kann er oder sie innerhalb von 7 Tagen nach der Entscheidung des ÜgWa das SP anrufen.
- (2) Zu den Zwecken des Abs. 1 kann der oder die Einsprucherhebende weitere Begründungen oder Tatsachen vortragen.
- (3) Diese Entscheidung des SP ist analog zu Abs. 2 hochschulöffentlich bekannt zu machen.

Abschnitt XV Niederschriften, Hochschulöffentliche Bekanntmachungen und Fristen

§ 66 Niederschriften

- (1) Niederschriften sind zu fertigen über Sitzungen der Wahlausschüsse sowie über den Gang der Wahlhandlung und der Auszählung.
- (2) Die Niederschrift muss Ort und Zeit der Sitzung bzw. Wahlhandlung, die Namen der Sitzungsteilnehmer:innen und Aufsichtführenden mit der Zeit ihrer Anwesenheit, die Tagesordnung, den Verlauf der Sitzung oder Wahlhandlung und alle Beschlüsse, Zähl- und Wahlergebnisse und besonderen Vorkommnisse enthalten. Die Niederschriften sind von dem oder der Vorsitzenden oder seiner bzw. ihrer Vertretung zu unterzeichnen.
- (3) Die Stimmzettel, Wahlscheine und sonstigen Wahlunterlagen und Nachweise über die Ausübung des Wahlrechts sind nach Feststellung des Wahlergebnisses zu bündeln und der Niederschrift über die Wahlhandlung und Auszählung beizufügen.

§ 67 Aufbewahrung und Vernichtung

- (1) Die nicht verwendeten Stimmzettel sind unverzüglich nach Ablauf des Wahlzeitraumes zu vernichten.
- (2) Sämtliche Wahlunterlagen dürfen erst nach Ablauf der Einspruchsfrist - bei erfolgtem Einspruch nach der endgültigen Entscheidung - der nächsten Wahl, nicht jedoch vor Ablauf der Wahlperiode, für die diese Wahl durchgeführt wurde, vernichtet werden. Bis dahin sind sie unter Verschluss aufzubewahren.
- (3) Sämtliche Protokolle und Niederschriften nebst Anlagen hat der ÜgWa für einen Zeitraum von mindestens zwei Jahren aufzubewahren. Ein Exemplar des Wahlergebnisses eines jeden Wahlkreises zu allen unmittelbar gewählten Organen der Studierendenschaft der Technischen Universität Braunschweig sind mindestens 20 Jahre aufzubewahren.

§ 68 Beginn und Ablauf von Fristen

- (1) Fristen beginnen mit Ablauf des Tages an dem die entsprechende hochschulöffentliche Bekanntmachung erfolgt ist.
- (2) Fristen enden nicht an Tagen, die für alle von der Wahl betroffenen Studierenden vorlesungsfrei sind, auch nicht samstags.

§ 69 Art und Form von hochschulöffentlichen Bekanntmachungen

- (1) Hochschulöffentliche Bekanntmachungen des ÜgWa oder der Wahlleitung erfolgen in der Regel durch Aushang an einer zentralen Aushangstelle im Forumsgebäude. Der ÜgWa kann darüber hinaus weitere Aushangstellen oder eine Veröffentlichung auf den Internetseiten des AStA und/oder des Wahlamts festlegen.
- (2) Ein vorgeschriebener Aushang soll mindestens eine Woche dauern. Wenn in der Bekanntmachung Einspruchs-, Vorschlags- oder andere Fristen enthalten sind, darf der Aushang nicht vor Ablauf dieser Fristen beendet werden. Kurze Unterbrechungen des Aushangs, die nicht durch Wahlorgane veranlasst werden, sind bei der Berechnung des Aushangzeitraums nicht zu berücksichtigen.
- (3) Soweit ein Bekanntmachungstext außerhalb der zentralen Aushangstelle ausgehängt wird, ist es ohne Einfluss auf die Wirksamkeit der hochschulöffentlichen Bekanntmachung, wenn dieser Aushang fehlerhaft ist oder Unterlassen wird.

Abschnitt XVI Übergangsvorschriften

§ 70 Inkrafttreten

Diese Wahlordnung tritt am Tag nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Wahlordnung außer Kraft.